

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Norbert Hauser (Bonn), Dr. Heinz Riesenhuber,
Dr. Gerhard Friedrich (Erlangen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der CDU/CSU
– Drucksache 14/6437 –**

„Stiftung Bildungstest“ – Qualität und Effizienz für den wachsenden Bildungsmarkt

A. Problem

Die Weiterbildungsangebote auf dem expandierenden Bildungsmarkt sollen durch eine neu zu gründende „Stiftung Bildungstest“ bewertet und verglichen werden. Der breiten Öffentlichkeit würden so unabhängige Informationen über Weiterbildungsangebote und deren Qualität zur Verfügung gestellt.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion
der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 14/6437 – abzulehnen.

Berlin, den 23. Januar 2002

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulrike Flach
Vorsitzende

Ernst Küchler
Berichtersteller

Norbert Hauser (Bonn)
Berichtersteller

Hans-Josef Fell
Berichtersteller

Ernst Burgbacher
Berichtersteller

Maritta Böttcher
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Ernst Küchler, Norbert Hauser (Bonn), Hans-Josef Fell, Ernst Burgbacher und Maritta Böttcher

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 179. Sitzung am 28. Juni 2001 den Antrag – Drucksache 14/6437 – zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Im Bereich der Weiterbildung entwickelt sich ein dynamischer Markt, den es transparent zu machen gilt. Einerseits sollen die Produkte der Bildungsanbieter zertifiziert, andererseits soll die Position der Nachfrager von Bildung gestärkt werden. Eine neu zu gründende „Stiftung Bildungstest“ soll Weiterbildungsangebote bewerten und vergleichen sowie der breiten Öffentlichkeit unabhängige Informationen über Weiterbildungsangebote und ihre Qualität zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit den Ländern in Verhandlungen über einen Staatsvertrag zur Gründung einer solchen Stiftung zu treten und mit ihnen ein Finanzierungsmodell zu entwickeln.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag in seiner Sitzung am 25. September 2001 beraten und mit den Stimmen der Mitglieder der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung** hat in seiner Sitzung am 25. September 2001 den Antrag beraten und mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU dem federführenden Ausschuss empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner Sitzung am 11. Oktober 2001 den Antrag beraten und dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und -ergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner Sitzung am 23. Januar 2002 beraten und die vorgenannte Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP verabschiedet.

Von Seiten der antragstellenden **Fraktion der CDU/CSU** wird erklärt, dass es wichtig sei, hinsichtlich der Gründung einer Stiftung Bildungstest weiterzukommen. Der Hinweis des BMBF, dass sich eine Stiftung Bildungstest nicht nur auf die Weiterbildung beschränken müsse, sondern alle Bildungsdienstleistungen begutachten könne, werde begrüßt. Dies sei auch Anliegen der Fraktion der CDU/CSU, allerdings gebe es hier föderale Bedenken. Deshalb sei im vorliegenden Antrag die Stiftung Bildungstest mit einem Schwerpunkt auf Weiterbildung gewählt worden. Die Stiftung Bildungstest sollte nicht dauerhaft eine Abteilung der Stiftung Warentest sein; wegen der Bedeutung der Sache müsse eine eigenständige Einrichtung geschaffen werden. Anscheinend gebe es in der Zielsetzung keine wesentlichen Differenzen zwischen Regierung und Opposition, weshalb zu hoffen sei, dass die Stiftung Bildungstest baldmöglichst realisiert werde.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wird erklärt, dass in der Intention dem vorliegenden Antrag zugestimmt werde. Allerdings gehe der Antrag insofern in eine falsche Richtung, dass die Stiftung Bildungstest nicht als System der Qualitätssicherung ausreiche. Die Stiftung sei nur ein Element der Qualitätssicherung; daneben müssten weitere Elemente wie Professionalisierung, Checklisten und Zertifizierungen bestehen. Im Antrag sei gefordert, die Frage der Gütesiegel und Zertifizierungen zu bündeln, was keine glückliche Kombination sei. Diese Aspekte müssten getrennt voneinander betrachtet werden. Es sei wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Stiftung Bildungstest nicht nur eine Frage der Qualitätssicherung, sondern auch des Verbraucherschutzes sei. Der Antrag der Fraktion der CDU/CSU sei auf Grund der mittlerweile vorliegenden Machbarkeitsstudie der Stiftung Warentest überholt und bedürfe nicht mehr der Zustimmung des Ausschusses. Die im Antrag genannten Forderungen seien bereits in die Wege geleitet worden. Die Fraktion der SPD lehne deshalb den Antrag ab.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wird erläutert, dass auch sie hinter der Zielsetzung des Antrages stehe, die Weiterbildung voranzubringen. Der vorliegende Antrag gehe jedoch noch nicht weit genug. Es sei sinnvoll, über das eigentliche Ranking und Testverfahren in der Stiftung Bildungstest hinauszugehen. Vorgeschlagen werde außerdem der gleichzeitige Aufbau von Beratungsstrukturen, um dem Verbraucherschutz eine weitere Grundlage zu geben. Von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird angeregt, diesbezüglich gemeinsame Ge-

sprache mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft zu führen. Die Fraktion lehne den Antrag ab.

Von Seiten der **Fraktion der FDP** wird verdeutlicht, dass die Evaluation von Dienstleistungen auf dem immer größer werdenden Bildungssektor an Bedeutung gewinnen müsse. Deshalb sei die Idee der Stiftung Bildungstest eine sinnvolle Anregung. Allerdings greife der vorliegende Antrag zu kurz, da er lediglich auf den Weiterbildungssektor ziele. Im Antrag werde der Abschluss eines Staatsvertrages zwischen Bund und Ländern angeregt. Es sei aber zu befürchten, dass die Verhandlungen hierzu Jahre dauern. Dieser Staatsvertrag sei jedoch gar nicht notwendig, da die Stiftung Warentest auch nicht auf Grund eines Staatsvertrages, sondern als unabhängige Stiftung gegründet worden sei. Die Fraktion der FDP werde sich der Stimme enthalten.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wird bekräftigt, dass der Antrag bereits überholt sei. Die Fraktion der PDS sehe ebenfalls die Notwendigkeit, die Weiterbildung in allen ihren Komponenten zu bewerten. Der von der PDS-Fraktion geforderte ganzheitliche Ansatz der Weiterbildung verlange grundsätzlich einen Ausbau der öffentlichen Verantwortung durch staatliche Institutionen und gesellschaftliche Gruppen. In diese Verantwortung sei auch Qualitätssicherung und -kontrolle mit einzubeziehen. Die im vorliegenden Antrag geforderte Stiftung Bildungstest würde die Qualitätskontrolle auf die Bedürfnisse des Marktes einengen und damit der komplexen Funktion der Weiterbildung nicht oder

nur ungenügend gerecht werden. Weiterhin wird auf die ablehnende Haltung des DIHK hingewiesen, die von der Fraktion der PDS geteilt werde. Die Fraktion der PDS werde den Antrag ablehnen.

Von Seiten der **Bundesregierung** wird darauf hingewiesen, dass man bei einer Evaluierung sämtlicher Bildungseinrichtungen an einer Vereinbarung mit den Bundesländern nicht vorbeikomme. Die Machbarkeitsstudie der Stiftung Warentest liefere eine klare Bestätigung dafür, dass die Bildungstests realisierbar seien. Allerdings seien diese nur ein Instrument der Qualitätssicherung. Zertifizierungen sollten nicht durch diese Stiftung vorgenommen werden. Das Problem einer eigenständigen Stiftung unabhängig von der Stiftung Warentest sei ein finanzielles Problem. Vorstellbar sei eine Abteilung im Verbund der Stiftung Warentest mit der Option in Absprache mit der Stiftung Warentest, dass daraus eine eigenständige Institution entstehen kann. Zu bedenken sei, dass die Finanzierung einer Testinstitution für das Bildungssystem nur durch die öffentliche Hand sichergestellt werden könne, wogegen sich die anderen Bereiche der Stiftung Warentest auf andere Weise finanzieren könnten. Es wird die Hoffnung geäußert, dass durch die ersten zwei Jahre der praktischen Arbeit die Attraktivität einer solchen Einrichtung gesteigert werden könne; mit den dann gewonnenen praktischen Erfahrungen könnten konkrete Gespräche mit den Ländern über deren Beteiligung geführt werden. Die Etablierung einer unabhängigen Stiftung Bildungstest, die von Bund und Ländern gemeinsam getragen wird, sei eine angemessene Antwort auf die Strukturen des deutschen Bildungssystems.

Berlin, den 23. Januar 2002

Ernst Küchler
Berichterstatter

Norbert Hauser (Bonn)
Berichterstatter

Hans-Josef Fell
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Maritta Böttcher
Berichterstatterin